

# Liechtensteiner Volksblatt

Adresse: Feldkircher Strasse 5, 9494 Schaan    Telefon (075) 232 42 42    Fax Redaktion (075) 232 29 12    Fax Inserate (075) 232 95 46    Amtliches Publikationsorgan    80 Rp.

## AKTUELL

### Protest gegen Mehrwertsteuer auf Kurtaxe

Bern (AP) Der Schweizer Tourismus-Verband hat gestern gegen einen Entscheid der Eidgenössischen Steuerverwaltung protestiert, wonach die Mehrwertsteuer auch auf Kurtaxen und anderen Abgaben von Feriengästen erhoben wird. Der Verband werde diesen Entscheid zusammen mit den betroffenen Kreisen anfechten, teilte er mit. Mit den Abgaben würden für die Feriengäste unentgeltliche Leistungen wie Verkehrs- oder Auskunftsbüros, Wanderwege oder Loipen mehrwertsteuerpflichtig. Schweizer Ferien würden damit im Vergleich zum Ausland teurer.

### Boomjahre für Umweltprobleme verantwortlich

Bern (AP) Hauptgrund für die Zunahme der Umweltbelastung in den letzten 40 Jahren sind laut einer Studie die Boomjahre nach dem Zweiten Weltkrieg. Damals stand in der Schweiz gemäss der am Dienstag veröffentlichten Studie ein intakter Produktionsapparat zur Verfügung. Auch die langfristige Verbilligung der fossilen Energieträger trug wesentlich zu den heutigen Umweltproblemen bei.

### Auch Ständerat beisst in den sauren Budget-Apfel

Bern (AP) Auch im Ständerat zeichnet sich eine Zustimmung zum Budget 95 des Bundes ab. Ein Rückweisungsantrag fand in der Eintretensdebatte keine Unterstützung. Einige bürgerliche Ratsmitglieder liessen durchblicken, dass sie sich Mehreinnahmen nicht kategorisch widersetzen würden.

### Neues Konzept bei Suche nach Drogengeldern

Basel/Bern (AP) Schweizer Banken und Bundesanwaltschaft haben sich auf ein neues Vorgehen bei der Suche nach Geldern der Drogenmafia geeinigt. Die Bankiervereinigung übernimmt nach eigenen Angaben vom Dienstag dabei eine Beratungs- und Vermittlerrolle, wenn Meldungen über verdächtige Personen vorliegen. Die Banken ziehen ihre beim Bundesrat hängigen Beschwerden zurück. Mit der Absprache zwischen der Schweizerischen Bankiervereinigung und der Bundesanwaltschaft ist der Konflikt vorläufig beigelegt, der sich an einer «schwarzen Liste» entzündet hatte.

## Liechtenstein legt grössten Wert auf regionale Sicherheit

Abschluss des Budapester Folgetreffens der KSZE – Regierungschef Dr. Mario Frick spricht sich für politische Selbstbestimmung aus

(G.M.) – Den 53 Teilnehmerstaaten des KSZE-Gipfeltreffens in Budapest ist es nur zum Teil gelungen, Einigkeit zu demonstrieren und Massnahmen zur Erhaltung des Friedens durchzusetzen. Die KSZE-Teilnehmer stimmten zwar der Schaffung einer Friedensstruppe für die Kaukasusregion Berg-Karabach zu, doch gelang es nicht, eine gemeinsame Stellungnahme gegen den Krieg in Bosnien abzugeben. Regierungschef Dr. Mario Frick erläuterte in einer Erklärung die liechtensteinische Position und betonte dabei: «Liechtenstein legt grössten Wert auf regionale Sicherheit und auf politische Selbstbestimmung».

Das Fürstentum Liechtenstein hat dem Einbezug in den KSZE-Prozess von Anfang an grosse Bedeutung zugemessen, weil das Verfahren des Konsenses und der Rotation es auch einem Kleinstaat erlaubt, gleichberechtigt mit grossen Ländern seine Interessen zu vertreten und seine Vorstellungen einzubringen. In einem Bericht zur Aussenpolitik bezeichnete die Regierung die Teilnahme an der KSZE als «bedeutenden Meilenstein in der Gestaltung der liechtensteinischen Aussenpolitik».

Am gestern zu Ende gegangenen Budapester Gipfel erklärte Regierungschef Dr. Mario Frick, dass die KSZE eine «einmalige Leistung der internationalen Diplomatie» sei, der es gelungen sei, den Ost-West-Gegensatz zu überwinden und eine demokratische KSZE-Wertegemeinschaft von Vancouver bis Wladivostok ins Leben zu rufen. In seinen weiteren Ausführungen gab er den KSZE-Teilnehmern zu verstehen, aus welcher Perspektive das Fürstentum Liechtenstein an die Aufgabe herangehe, mitzuwirken an der Schaffung eines «neuen Modells für umfassende Sicherheit in Europa».

Er unterstrich dabei, dass Liechtenstein grössten Wert auf regionale Sicherheit und auf politische Selbstbestimmung lege. Nach seinen Worten muss jede regionale oder überregionale Organisation ihre Berechtigung auch im lokalen Be-

zugsrahmen erweisen, weil die demokratische Ordnung ihre Wurzeln in der Selbstbestimmung habe. Der europäische Kleinstaat sei daher nicht Anhängsel immer grösserer politischer Einheiten, sondern sei «Zeuge einer politischen Kultur, der Einhaltung nämlich der zehn Prinzipien von Helsinki durch alle anderen, vor allem seiner Nachbarn».

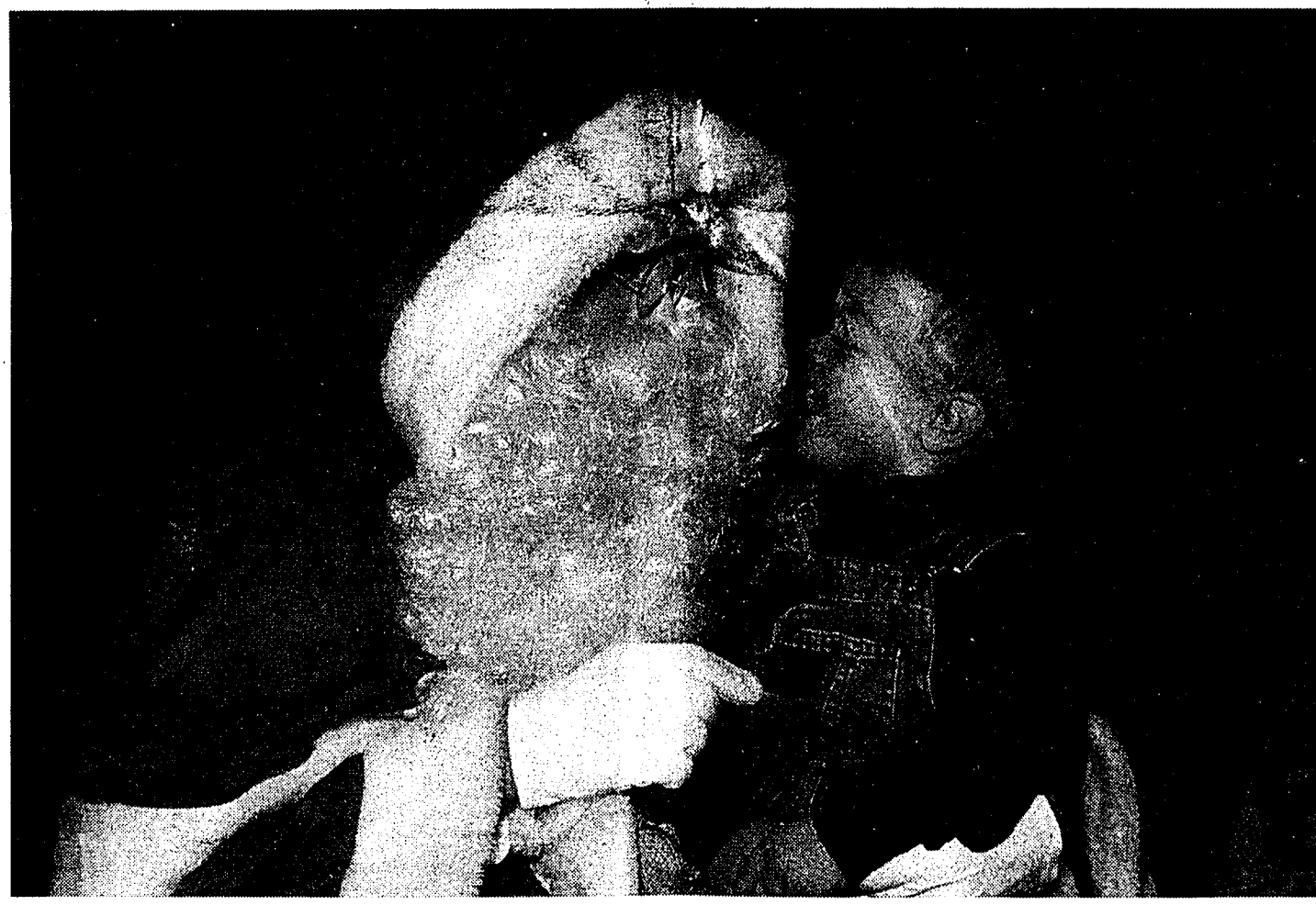
Regierungschef Frick befasste sich in seiner Erklärung auch mit dem weiteren KSZE-Prozess und betonte, wenn ein neues Modell der Sicherheit geschaffen werden soll, dann müssten die damit verbundenen Fragen rechtlicher, administrativer und finanzieller Art Gegenstand von Verhandlungen sein, die sich von diesem Gipfeltreffen in Budapest bis zum nächsten Gipfel spannten und die im Konsens zu lösen seien. Es könne nicht der Zweck einer Neu-Organisation der KSZE sein, Kleinststaaten – nur weil sie dabei sein wollten – einzuspannen in ein Verfahren von Grossmachtspolitik, für deren Gelingen oder Scheitern eigentlich andere die Verantwortung tragen.

Für unseren Nachbarstaat Schweiz war der Budapester KSZE-Gipfel von besonderer Bedeutung, weil die Schweiz Mitglied der sogenannten Führungstroika wurde, die jeweils das Land, das die Präsidentschaft innehat sowie die beiden Staaten, die ihm in dieser Funktion vorangingen und nachfolgen, umfasst. Gemäss diesem Rhythmus wird die Schweiz im Jahre 1996 den KSZE-Vorsitz übernehmen.

Diese anspruchsvolle Aufgabe erfordert, weil die KSZE nur über eine geringe eigene Infrastruktur verfügt, einen erheblichen personellen Einsatz. Insgesamt will die Schweiz während dieser dreijährigen Troika-Periode mehr als ein Dutzend Diplomaten speziell für die KSZE einsetzen.

Nach einer Erklärung von Staatssekretär Jakob Kellenberger rechtfertigte sich dieser Einsatz, weil die KSZE die einzige internationale Organisation sei, in der die Schweiz als vollberechtigtes Mitglied zu Fragen der europäischen Sicherheit Stellung nehmen könne.

## St. Nikolaus besuchte zahlreiche Kinder des Landes



Manchmal mit Verwunderung, in den meisten Fällen aber mit grossen Augen, hoffentlich nie mit ängstlichen Gesichtern, wurde Nikolaus am gestrigen St. Nikolaustag von zahlreichen Kindern empfangen. Nach altem Brauch zieht der Nikolaus zusammen mit dem Krampus in den Tagen um den 6. Dezember, dem Namenstag des heiligen Nikolaus, durch das Land und belohnt die Kinder für ihre guten Taten, weist sie aber gleichzeitig auf das hin, was sie im abgelaufenen Jahr nicht ganz so gut gemacht haben. (Bild: bs)

## Stich hofft auf eine gestärkte KSZE

Budapest/Bern (AP) Der Schweizer Bundespräsident Otto Stich hat zum Abschluss des KSZE-Gipfeltreffens in Budapest seiner Hoffnung auf eine gestärkte KSZE Ausdruck gegeben. Er forderte die Mitgliedstaaten auf, sich für die Einhaltung der Menschenrechte einzusetzen. Und er dankte den Teilnehmerstaaten für die Aufnahme der Schweiz in die KSZE-Troika. Die Schweiz wird 1996 die KSZE präsidieren. Trotz allen Problemen gehe die Konferenz für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (KSZE) hoffentlich gestärkt aus dem Gipfeltreffen hervor, sagte Stich. Die beschlossenen institutionellen Retouches wie auch der neue Name müssten sich aber noch unter Beweis stellen. Europa ebenso wie Nordamerika und Zentralasien benötigten die KSZE, sagte Stich. Sie bilde ein unverzichtbares Forum für den sicherheitspolitischen Dialog und für die Arbeit an einer gesamteuropäischen Sicherheitsarchitektur. Ihre operationell ausgerichteten Instrumente versetzten sie in die Lage, zur Wahrung wie auch zur Wiederherstellung von Frieden und Sicherheit beizutragen. Zu den künftigen Aufgaben der KSZE sagte Stich, die Organisation dürfe sich nicht auf Teilaspekte beschränken. Die KSZE sei keine Feuerwehr und schon gar keine Versicherung, die im Schadensfall auf den Plan gerufen werde. Wenn Konflikte gewaltsam ausgeglichen werden, sei es für kooperative Lösungen schon zu spät.

## «Zum Gatt-Abkommen gibt es keine Alternative»

Bern (AP) Auf den Tag zwei Jahre nach dem Schweizer Volks-Nein zum EWR hat auch der Nationalrat am Dienstag die Gatt-Debatte aufgenommen. Dabei waren sich bürgerliche, rechte und linke Politiker im Fazit ungewohnt einig: Zum Gatt gibt es keine Alternative, und ein Absichtsstehen hätte für die Schweiz nicht zu verantwortende Wohlstandsverluste zur Folge. Noch nie habe es im Rat eine so intensive Debatte zu einem Thema gegeben, das im Grundsatz unbestritten sei, sagte Vreni Spoerry (FDP/ZH). Für die Eintretensdebatte waren 80 Voten angemeldet, darunter 65 Einzelredner. Die Teilnahme an der neuen Welthandelsordnung sei die allerwichtigste Entscheidung, die die Schweiz derzeit zu fällen habe, betonte Dumeni Columberg (CVP/GR).

«Wir sind dabei, und wir bleiben dabei», fasste er die Haltung seiner Fraktion zusammen.



## Selbstdiskriminierung soll verhindert werden

Bern (AP) Die Liberalisierung des öffentlichen Beschaffungswesens soll nicht dazu führen, dass sich die Schweiz selbst diskriminiert. Aus diesem Grund hat der Ständerat im Rahmen der Gatt-Lex beschlossen, die Vergabe eines Auftrags von sozialen und umweltgerechten Auflagen abhängig machen zu können.

Das Gatt-Übereinkommen über das öffentliche Beschaffungswesen sei ein wichtiger Schritt zur Liberalisierung des internationalen Handels, sagte Kommissionssprecher Kurt Schüle (FDP/SH). Nach dem EWR-Nein bilde es die einzige vertragliche Grundlage im Bereich des Submissions- und Einkaufswesens mit der EU und den Efta-Staaten.

Die Schweiz als traditionelle Exportnation habe ein grosses Interesse daran, dass auch die internationalen Beschaffungsmärkte einheitlichen Regeln und einer erhöhten Transparenz unterstünden.



So viele Neuigkeiten sehen Sie dem 94er Discovery gar nicht an.

Auch der 94er Discovery macht keine Kompromisse, wenn es um Komfort und Sicherheit geht.

Neu: Das umfassende Sicherheitssystem jetzt mit US-Fullsize Fahrer- und Beifahrer-Airbag. Neu: Der sparsame 3.9-Liter-Motor. Neu: Das neue 5-Gang-Getriebe mit mehr Schaltkomfort. Neu: Interieur mit Ledersitzen. Neu: Das bessere Klima dank FCKW-freier Klimaanlage.

Garage Max Leck  
9494 Schaan Tel. 075/232 62 65/66  
DISCOVERY

DS-2011  
**deSede-Handwerk.**  
Die Liebe zum Detail.  
Ursprüngliches, natürliches Leder und ausgewählte Stoffe - verarbeitet nach höchsten Qualitäts-Massstäben. deSede. Spürbare Handwerkskunst made in Switzerland.  
deSede  
**THONY**  
FL-9494 Schaan  
Bahnhofstrasse 16  
Tel. 075/232 44 22  
WOHNEN